

Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0098/2006 öffentlich 06.02.2006	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Kommunale Altenplanung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für eine „Kommunale Altenplanung“ in der 2. Jahreshälfte vorzulegen. Dieses Konzept soll das gesamte Spektrum des Älterwerdens einbeziehen, von den neuen Lebens- und Verantwortungsstrukturen der älteren Menschen, über andere Wohnformen, bis hin zu Fragen der Gesundheitsversorgung und der Pflege. Bei der Entwicklung des Konzepts sollen im Bereich der Altenarbeit Tätige einbezogen werden, z.B. der Seniorenbeirat, die Freiwilligenagentur, die Seniorenuniversität, die Marburger Altenhilfe St. Jakob u.a.

Begründung:

Der demographische Wandel hat Folgen für nahezu alle Lebensbereiche und macht es erforderlich, dass Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Freie Träger der sozialen Dienste wie auch die älter werdenden Menschen selbst sich rechtzeitig mit diesen Veränderungen befassen und sich darauf vorbereiten. Der Blick darf dabei nicht auf den Aspekt der klassischen „Altenhilfe“ im Sinne von Betreuung und Pflege eingeschränkt sein.

Strukturen für eine älter werdende Gesellschaft zu schaffen ist eine wesentliche Aufgabe der Kommune. Die begrenzten Mittel der Kommune für Hilfeleistungen nicht nur für ältere Menschen, sondern auch für Kinder, Jugendliche und Familien machen verstärkt die Unterstützung und Förderung der Selbsthilfe, der Hilfe von Privaten (z.B. in Form von Stiftungen) und des ehrenamtlichen Engagements erforderlich. Große Potentiale im Bereich des Freiwilligenengagements der Bürgerinnen und Bürger aller Altersstufen sind weiter zu entwickeln, um neue Hilfsstrukturen im familiären Bereich und in anderen informellen Netzwerken zu schaffen.

Das vorzulegende Konzept soll nach Beratung in den Gremien die Grundlage für die Erarbeitung eines „Kommunalen Altenplans“ sein.

gez. Johanna Seelig

gez. Dr. Christa Perabo

gez. Erika Lotz-Halilovic

gez. Wolfram Schäfer